

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 71 (1977)
Heft: 7-8

Artikel: Das wachsende Missbehagen
Autor: Stöckmann, Carl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142671>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bischof Scharf

für «progressiven Lohnverzicht»

in der Kirche

Für einen «progressiven Lohnverzicht» in der evangelischen Kirche hat sich der frühere Berliner Bischof Kurt Scharf eingesetzt. Reiche für die Kirche das Geld aus Steuermitteln nicht mehr aus, dann müsse das Einkommen der kirchlichen Mitarbeiter gekürzt werden, vom Bischof angefangen über den Chefarzt eines evangelischen Krankenhauses, vom Pfarrer bis zu den Angestellten. Scharf erwartet in dieser Hinsicht von den Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern «ein besonderes Berufsethos». Zu Tarifabschlüssen könne es in der Kirche nicht kommen, da diese dem Wesen der Kirche, in der es «weder oben noch unten» geben sollte, widersprächen. EPD

Das wachsende Mißbehagen

Wir müssen immer wieder feststellen, daß wir in einer dem Geist abgewandten, ja, in einer den Geist verleugnenden Zeit leben. Es dominiert das auf die rein materiellen Belange beschränkte **wirtschaftliche** Element. Das soziale Geschehen ist in hohem Maße geprägt von den drei Gestalten in Goethes «Faust»: Habebald, Haltefest und Eilebeute. Der Tanz ums Goldene Kalb, der zu einem Totentanz zu werden droht, ist zu einem Lebensinhalt geworden. Wir jagen den irdischen Gütern nach und bringen den Haushalt der Natur, die hierauf mit zunehmender Rebellion in Gestalt von Naturkatastrophen antwortet, mehr und mehr aus dem Gleichgewicht. Das Heil und die Heilung unserer kranken Welt können ihr nur durch eine **moralische und geistige Erneuerung** zuteil werden.

Immer vernehmlicher ertönt heute der Ruf nach einer **Vermenschlichung** der sozialen Verhältnisse. Dies besagt, daß sie in steigendem Maße einen Wesenszug angenommen haben, der im Zeichen der **Entmenschlichung** steht, indem der Mensch nicht als das, was er in Wirklichkeit ist, nämlich als ein physisch-seelisch-geistiges und ichhaftes Wesen, angesehen und behandelt wird.

Da nun aber wir Menschen, die wir aus entwicklungsbedingten Gründen in die polaren Wirksamkeiten der guten und der bösen Kräfte hineingestellt sind, unsere sozialen Lebensverhältnisse **selbst gestalten**, sind sie der Ausdruck der ihnen zugrundeliegenden Denkweise. Aus zu verzeichnenden negativen Zeiterscheinungen müssen wir somit

auf eine unzulängliche, auf eine falsche Denkungsart, aus der sie resultieren, schließen, **Soziale Krisen sind Gedankenkrisen.** Ein notwendiger Wandel der änderungsbedürftigen gesellschaftlichen Verhältnisse setzt einen Wandel im Denken als erste Vorbedingung voraus. Hierbei geht es indes nicht einmal so sehr um den Wandel als solchen, ist doch vielmehr — wie uns die falsche Reaktion der kommunistischen Weltbewegung auf die kapitalistische Wirtschafts- und Sozialordnung lehrt — das richtige **Wie** des Wandels von entscheidender Bedeutung!

Grundsätzlich sei indes festgestellt, daß nichts so beständig ist wie der Wandel. Die Zeit schreitet fort. Was gestern noch richtig war, kann heute falsch sein. Das starre Beharren auf **Gewordenem**, die mangelnde Orientierung am **Werdenden**, an dem, was werden will, erweist sich immer wieder als Hemmschuh für den sozialen Fortschritt, was dann zwangsläufig zu sozialen Krisen- und Krankheitserscheinungen führt.

Das Weltgeschehen ist — außer vom Nord-Süd-Problem — in seinen Grundzügen geprägt von zwei miteinander rivalisierenden, um die Vormacht kämpfenden negativen Gesellschaftssystemen, von denen sich das zweite aus dem ersteren wegen seiner offenkundigen Sozialwidrigkeiten entwickelt hat: Es sind der **Kapitalismus** und der **Kommunismus**. Sie sind gekennzeichnet auf der einen Seite vom **egoistischen Individualismus** und auf der anderen Seite vom **ich-widrigen Kollektivismus** (in seiner kommunistisch-bolschewistischen Ausdrucksform).

Beide Systeme haben wiederum — was immer wieder gesagt werden muß — eine **gemeinsame** Wurzel, nämlich die naturwissenschaftlich-materialistisch-darwinistische Geschichtsauffassung. Nur und ausschließlich in dem Maße, wie diese überwunden wird — wobei wir es mit dem Grundanliegen unserer Zeit zu tun haben —, lassen sich die hier wie dort menschenwidrigen sozialen Verhältnisse vermenschlichen. Somit gehört **keiner** der beiden Gesellschaftsordnungen die Zukunft!

Es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß wir es bei dem Slogan **«Freiheit oder/statt Sozialismus»**, mit dem die CDU/CSU ihren Bundestagswahlkampf im Jahre 1976 bestritt, insofern mit einer irreführenden Alternative zu tun haben, als sich in ihm auch ein generelles Bekenntnis zum egoistischen Individualismus ausdrückt.

Demgegenüber erheischt der Bereich des arbeitsteiligen Wirtschaftslebens die Realisierung des Prinzips der Gegenseitigkeit, des Miteinanders und somit der Brüderlichkeit.

So gilt es denn, tiefer zu schürfen!

Betrachten wir vor dem aufgezeigten Hintergrund nun einmal den Ausgangspunkt der sich vollzogenen Entwicklung, nämlich das **kapitalistische System**, das ja das sozialistisch-kommunistische System als

Fehllösung aus sich herausgeboren hat. Nach wie vor erregt der Kapitalismus — wie die Unruhe an den Universitäten, die linksextremen Strömungen und der Terrorismus zeigen — viele Gemüter. Welche Bewandnis — so müssen wir uns fragen — hat es nun mit dem Kapitalismus?

Der Begriff «Kapitalismus» leitet sich ab vom Wort «Kapital», das im Zuge der technisch-industriellen Entwicklung zu einem immer größeren Machtfaktor geworden ist, weil es bis heute unterblieben ist, das auf das vorindustrielle Zeitalter zugeschnittene **Eigentums- und Erbrecht** dem jetzigen Entwicklungsstand durch seine zeitgemäße Aenderung (im Wege seiner Umgestaltung in ein Lehensrecht) anzugleichen. Es ist hierbei zu bedenken, daß wir es heute mit einer ganz anderen Größenordnung zu tun haben als früher, und daß an der Kapitalbildung, an der Erwirtschaftung von Gewinnen, der ganze soziale Organismus irgendwie mitbeteiligt ist. Daher ist es gewiß kein Wunder, daß das Aufbegehren gegen die bestehende Sozialordnung, die es rechtlich zuläßt, daß einzelne Personen über riesige Vermögenswerte und über eine entsprechende Machtfülle verfügen, nicht aufhört. Im Gegenteil: es nimmt eher weiter zu.

So sollten wir denn demgegenüber Augen und Ohren nicht noch länger verschließen!

Es kommt ferner hinzu, daß den Besitzern beträchtlicher Kapitalwerte, die ihr Geld zu einem großen Teil oder gar allein für sich arbeiten lassen, hohe **arbeitslose** Einkommen zufließen. Dies geschieht durch den «Kapitaldienst» in der Form von Dividenden usw. wie auch oft in Gestalt von Gewinnen, die aus Spekulationen mit Grundstücken, Wertpapieren, Devisen und/oder Rohstoffen herrühren, was mit Recht als sozial ungerecht empfunden wird. Obendrein steht es dem «Kapitalisten» aufgrund unserer Rechtsordnung, die das Eigentum, auf welchem rechtlich zulässigen Wege es auch immer erworben wurde, schützt, frei, den Einsatz «seines» Kapitals zu verweigern, wenn ihm die Rendite nicht hoch genug ist. Was das Mitbestimmungsrecht betrifft, so hat das Kapital ein **U e b e r g e w i c h t** gegenüber der Arbeit.

Es wird nun hie und da die — allerdings auf einer schiefen Optik beruhende und daher falsche — Auffassung vertreten, daß alle Verbraucherpreise auf einen Bruchteil — etwa auf die Hälfte — ihrer jetzigen Höhe gesenkt werden könnten, wenn nicht ein so relativ großes Geldvolumen für den «Kapitaldienst» aufgebracht werden müßte. Parallel hierzu steigen indes auch die Löhne, die ohne den «Kapitaldienst» und seinen Anteil an den Preisen ebenfalls entsprechend **n i e d r i g e r** wären, weil sonst ein großer Kaufkraftüberhang bestünde, von dem dann eine inflationäre Wirkung ausginge. Alles muß in der richtigen

Relation gesehen werden, kommt es doch entscheidend auf die **Lohn/Preisgerechtigkeit** an.

Am Produktionsaufkommen haben die maschinellen Arbeitssklaven einen sehr hohen Anteil. Die Maschinen, deren Beschaffung einen großen Kapitalaufwand erfordert, sind das Ergebnis technischer Ideen, denen wir die jetzige Höhe unseres Lebensstandards verdanken. Es muß auch bedacht werden, daß der Kapitaleinsatz oft auch ein nicht unbeträchtliches Verlustrisiko in sich birgt, wie es die in der bestehenden Wirtschaftsordnung möglichen Konkursfälle zeigen. Als **Kernproblem** muß indes immer wieder auf das zwingende Erfordernis eines zeitgemäßen Eigentums- (und Erb)-rechts hingewiesen werden!

Außerdem muß erwähnt werden, daß wir mit dem ganzen Problemkreis nicht zurechtkommen, wenn wir nicht bereit sind, uns einzulassen auf die qualitativ verschiedenen Funktionen des **Kauf-, Leih- und des Kulturgeldes** und auf die Einführung des **alternden und sterbenden Geldes**. Was letzteres betrifft, so bedarf es für alles ausgeliehene Geld des **Tilgungszwanges** in Höhe von — sagen wir — 5 Prozent p. a. mit der Maßgabe, daß dieses ausgediente Leihgeld **nur noch** als «Kulturgeld» (für das Bildungswesen) verwendet werden darf (worüber bereits ausführlich in früheren Rundbriefen geschrieben wurde).

Daß die oben angeschnittenen brennenden Fragen nach einer Lösung schreien, wurde von manchem fortschrittlich denkenden und handelnden Unternehmer erkannt, der erste Schritte in die richtige Richtung tat. Hierfür seien einige Beispiele genannt.

Weit voraus schritt das **ZEISS-Werk** in Jena, dem von seinen damaligen Inhabern bereits im Jahre 1889 die Eigentumsform einer **Stiftung** verliehen wurde. Dies bedeutet eine aus freier Einsicht vollzogene **Entprivatisierung** des Unternehmens, das von da an nicht mehr das persönliche Eigentum seiner bisherigen Inhaber war. Es — das Unternehmen — wurde von ihnen fortan nur noch gewissermaßen treuhänderisch weitergeführt, indem es ihnen als bloße Grundlage für die weitere Entfaltung ihres unternehmerischen Geistes diente. Auf diese Weise wurde das Kapital gewissermaßen neutralisiert und somit entmacht. Damit wurde einer wichtigen Zeitforderung entsprochen! (Daß das Jenaer-Werk nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem «volkseigenen» Betrieb gemacht, das heißt verstaatlicht wurde, ist gewiß zutiefst zu bedauern, da wir es hierbei mit einem **falschen** Weg zu tun haben.)

Im Jahre 1964 wurde das vom Jenaer ZEISS-Werk gegebene Beispiel bei uns in der Bundesrepublik von zwei sehr bedeutenden Unternehmen — dem vor rund neunzig Jahren gegründeten, zu einem «Imperium» herangewachsenen **BOSCH-Werk** und dem **MAHLE-Werk**, das sich während der fast fünfzigjährigen Zeit seines Bestehens aus einem kleinen Betrieb zu seiner heutigen imposanten Größe entwick-

kelt hat — n a c h v o l l z o g e n (wie es auch noch eine Reihe gleicher Fälle gibt). Was das BOSCH-Unternehmen betrifft, so seien dem am 9. Juli 1976 in der Wochenzeitung «Die Zeit» unter der Ueberschrift «Das Erbe des 'roten Bosch'» erschienenen Artikel von Rainer Frenkel die folgenden Passagen entnommen:

«Der Familieneinfluß ist ausgeschaltet. Manager regieren den Elektro-Konzern. Die Mitarbeiter fühlen sich noch immer privilegiert. . . . Hie und da hat Bosch . . . sozial-patriarchalische Pioniertaten geleistet, wie die Einführung des Achtsturentages im Jahre 1906 —fünfzehn Jahre vor den anderen —, was — unter anderem — dem Firmengründer das Etikett 'der rote Bosch' eintrug. Dazu kamen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlte Kurzpausen am Band, das alles gab es bei Bosch zuerst (bevor es tariflich allgemein verankert werden konnte.)

In den sechziger Jahren übertrugen die Bosch-Erben entsprechend dem Testament des Firmengründers Robert Bosch 90 Prozent der Anteile an der Robert Bosch GmbH auf die Robert-Bosch-Stiftung, die ihre Erträge gemeinnützig verwenden muß. Dafür erhielten und erhalten sie — die Erben — eine Abfindung, die 'wesentlich' unter dem damaligen Nominalwert der Anteile von 155 Millionen Mark liegt; mit diesen Mitteln gründeten sie weitere Stiftungen . . .

Aus den Ausschüttungen, welche die Robert-Bosch-Stiftung in den vorangegangenen Jahren als Mehrheits-Gesellschafterin aus dem versteuerten Gewinn der Robert Bosch GmbH erhielt, wurde u. a. die Errichtung eines 120 Millionen Mark teuren, progressiv geführten Krankenhauses finanziert . . .»

Wie schon erwähnt, vollzogen auch die Gründer der Firma MAHLE GmbH (Stuttgart), Hermann und Ernst Mahle, im Jahre 1964 die Aenderung des Besitzverhältnisses durch eine Umwandlung ihres Familienunternehmens in eine Stiftung, die MAHLE-Stiftung, mit deren Mitteln ebenfalls ein (am 28. September 1975 eingeweihtes) Gemeinnütziges Gemeinschaftskrankenhaus — die Filder-Klinik — errichtet wurde.

Es handelt sich in den aufgezeigten Fällen um einen in die Zukunft weisenden, sehr bedeutsamen ersten Schritt auf dem Wege zur Ueberwindung des Kapitalismus. Er verdient allgemeine Beachtung, besonders seitens des sozial engagierten Teils der jüngeren Generation, der sich als «Systemveränderer» in hohem Grade von ideologischen Irrlichtern leiten, ja, verleiten läßt. Auch von der seitens der Sozialausschüsse der CDU unter ihrem neuen Vorsitzenden Norbert Blüm mit erhöhtem Nachdruck angestrebten Einführung eines zusätzlichen **Investivlohns** muß gesagt werden, daß sie n i c h t gewollt werden darf,

da sie eher einer noch weiteren Verfestigung des kapitalistischen Systems Vorschub leistet. Eine unausweichliche fundamentale Lösung der sozialen Frage muß von der Wurzel her angegangen werden. Mit Scheinlösungen, die mehr schaden als nützen, ist es nicht getan.

Immer noch wartet die Welt auf die sinnvolle Realisierung der Ideale der Französischen Revolution des Jahres 1789, wobei es gilt, die **Freiheit** im Geistesleben, die **Gleichheit** im Rechtsleben und die **Brüderlichkeit** — wie schon gesagt — im arbeitsteiligen, an einer echten Bedarfsdeckung statt am egoistischen Gewinnstreben orientierten Wirtschaftsleben zu verwirklichen.

Carl Stöckmann

Import- und Informationszentrale für Waren aus Entwicklungsgebieten gegründet

Breites und positives Echo fanden in der ersten Hälfte dieses Jahres die Informationsaktionen «Kaffee Ujamaa» und «Jute statt Plastik»: In wenigen Wochen wurden 50 000 Gläser und eine Viertelmillion Juteaschen bestellt. Jetzt sollen solche entwicklungsbezogene Konsumentenaktionen auf eine breitere organisatorische Basis gestellt werden. Ende Juni wurde von verschiedenen Entwicklungsorganisationen eine «Import- und Informationszentrale für Waren aus Entwicklungsgebieten» gegründet. Sie soll Informationsaktionen anhand von ausgewählten Produkten aus der Dritten Welt erleichtern und fördern sowie die rund 25 Dritte-Welt-Läden versorgen.

Die neue Stelle, die eine Genossenschaft sein wird, ist getragen von: Brot für Brüder, Brücke der Bruderhilfe, Christlicher Friedensdienst, Erklärung von Bern, Interteam, Schweizerisches Arbeiterhilfswerk, Swissaid, Terre des Hommes Schweiz, der holländischen Parallelorganisation SOS sowie dem Dachverband der Dritte-Welt-Läden und den «Magasins du Monde». Ihren Beitritt in Aussicht gestellt haben außerdem das Département Missionnaire Romand, Fastenopfer, Helvetas und die Kooperation evangelischer Kirchen und Missionen (KEM). Nach Holland, Oesterreich und der Bundesrepublik Deutschland ist es damit auch in der Schweiz gelungen, Ansätze für neue Informationsformen zusammenzufassen, mit denen für breite Bevölkerungsschichten Zusammenhänge des Welthandels und Möglichkeiten gerechterer Ordnungen anschaulich gemacht werden können. Die Produkte sollen zu einem vom Produzenten als gerecht empfundenen Preis in der Regel aus Selbsthilfeprojekten bezogen werden. Wie im Ausland sind auch hier kirchliche Organisationen maßgeblich daran beteiligt, vor allem im Blick auf die rege Nachfrage in den Kirchgemeinden und Pfarreien.

EPD